TOP 2: Aufbau einer strategischen Landesreserve an Schutzausrüstung für einen eventuellen Pandemiefall oder eine vergleichbare Krisensituation

- Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie -

Beschluss:

- 1. Der Ministerrat bittet das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Demografie, die zur Umsetzung des weiterentwickelten "Konzepts zur Herstellung und dauerhaften Vorhaltung einer strategischen Reserve von Schutzausrüstung zur Vorsorge in einem Pandemiefall oder einer vergleichbaren Krisensituation" erforderlichen Maßnahmen einzuleiten. Die Federführung zur Durchführung der Vergabeverfahren obliegt der Zentralen Beschaffungsstelle des Landes unter Einbindung des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung.
- 2. Der Ministerrat bittet das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, eine Artikelkommission zu bestellen, die vorausschauend die Art der vorzuhaltenden Schutzausrüstung empfiehlt. Weitere Ressortvertreterinnen und -vertreter können jederzeit hinzugezogen werden.

Erläuterungen:

Mit Beschluss vom 17. Juni 2020 haben die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder und Ministerpräsidenten in ihrer Besprechung mit der Bundeskanzlerin Folgendes festgelegt:

"Der Bund wird eine nationale Reserve an persönlicher Schutzausrüstung aufbauen. Dazu wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Bundesministerium für Gesundheit, vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und vom Bundesministerium der Verteidigung aktuell ein Konzept zur Bildung einer Nationalen Reserve Gesundheitsschutz (NRGS) erstellt.

Die Länder werden dafür Sorge tragen, dass dies auch dezentral in den medizinischen Einrichtungen und beim Katastrophenschutz der Länder erfolgt. Maßstab für die Bevorratung soll sein, dass ein physischer Mindestvorrat von einem Monat besteht. Der Bund wird die entsprechende Erstausstattung finanziell unterstützen."

Hieran anknüpfend wurde die Erarbeitung einer Konzeption zum Aufbau einer strategischen Landesreserve an Schutzausrüstung für einen eventuell auftretenden Pandemiefall oder eine vergleichbare Krisensituation in Auftrag gegeben.

Das dem Ministerrat am 6. Oktober 2020 vom Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie vorgelegte Grobkonzept wurde fortgeschrieben und nunmehr können die ersten Umsetzungsschritte beginnen.